

Dieses Einkommen soll nach dem neuen Gesetz nicht unter 200 M.
resp. 150 M. betragen, je nachdem der Kirchendienst jeden Sonn-
tag oder nur in geringerem Maße, mindestens aber einen Sonn-
tag um den anderen zu leisten ist. Zur Zahlung sind die Kirchen-
gemeinden verpflichtet, und falls diese nicht dazu in der Lage sind,
auch kirchliche Stiftungen oder Kirchendienste nicht vorhanden sind,
wird das Landeskonsistorium entsprechende Beihilfen gewähren.
Umfragen haben ergeben, daß jetzt in 97 Fällen 250 M. und
davon, davon in 11 Fällen nicht über 100 M. gezahlt werden.
Der Gesamtbetrag der erforderlich werdenden Zuflüsse berechnet
sich auf über 7000 M. Den Bericht erstattete Prof. Dr. Michael
Leipzig. Dieser betonte besonders, daß jene Leiter den freien
Sonntag nicht einbüßen. In der Debatte berichtete Superintendent
Friedrich Blaum aus seiner Ephorie von Jahresbezügen der
Kirchschulehrer von 770 Mark und 830 Mark! Schulrat
Michael Sittau erwähnte Bezüge von 6 Mark und 1030 M. und
Sachbeiträge von 54 M. Alles für Orgelspiel beim Vormittags-
Gottesdienst. Schulrat Isidor Hirschau verweist sich für eine Feststellung des Mindestbeitrages auf 300 M.
Hierauf erwidert Herr Oberkonfessorialrat Wenzel, daß man mit
Rücksicht auf die finanziellen Verhältnisse der Kirchengemeinden und
des Kirchengerichts davon habe absehen müssen, da damit eine
weitere Belastung von 5700 M. verbunden sei. Beiratschulinspektor
Nichter erwiderte, daß er keine Bezüge manni-
scher Art, welche den Kirchschullehrern neben einer geringen Ent-
schädigung für Orgelspiel zufließen, und legt eine Regelung der
Gazette von Seiten des Landeskonsistoriums an. Darauf erfolgte
einstimmige Annahme des Entwurfs. — Geh. Kommerzienrat
Nietzhammer erstattete alsdann Bericht über den Erlass Nr. 11, die
weitere Regelung der finanziellen Lage der evan-
gelisch-lutherischen Geistlichen betreffend. Darauf
wurde vom Jahre 1886 an das Mindestentommen von 200 auf
2100 M. erhöht und die persönlichen Zulagen dem Dienstalter ent-
sprechend um 300, in den höheren Einkommensklassen um 200 M.
vernebelt werden. Geh. Kirchenrat Dr. Paul Leipzig gab seiner
Freude über den Erlass Ausdruck und sah in der großen Zahl von
geistlichen Stellen, die nur mit dem Mindestentommen aus-
gestattet sind, die Ursache zu dem starken Anstieg von Bewerbern
in dieser Stellen. Gegen die Bestimmung des § 13
daß nur bedürftigen Gemeinden Beihilfen aus Staatsmitteln
gewahrt werden sollen, wenden sich Amtshauptmann v. Witzing-
Schwartzburg und Pastor Böttcher-Pechendorf. Dr. von
Wächter-Kochitz reagt an, daß sämtliche Alterszulagen auf
den Staat übernommen werden möchten, und Pastor Sieben-
haar Briesenborn schlägt die innerstaatlichen Zustände, welche
daraus entsiehen, daß die Geistlichen ihre Alterszulagen von ihren
Gemeinden zu fordern haben. Er bezieht sich auf eine darüber
handelnde Petition der Predigerkonferenz zu Mittweida. Besonders
hierzige Geistliche würden wegen der Alterszulagen, welche sie zu
vorher haben, vielleicht zurückgekehrt. Geh. Kirchenrat Dr. Paul
holt diese Mahnregel für nicht ausführbar, da von den Ständen
auch die Übernahme der Alterszulagen auf den Staat zur Zeit
abgelehnt werden sei. Dr. von Wächter vertheidigte seinen Stand-
punkt nochmals und brachte den Antrag ein: „Wege des Kirchen-
gerichts im Auge behalten, die Alterszulagen der Geistlichen auf
den Staat zu übernehmen.“ Präsident von Zahn führte eine Reihe
weiterer Bedenken gegen diesen Antrag in's Freien. Würde dieser
Antrag angenommen, so könnten die Gemeinden zu dem Glauben
verleitet werden, es solle ihnen etwas vorbehalten werden, was
ihnen von Natur nicht zugemutet sei. Es entspräche auch evan-
gelischen Grundsätzen, daß zunächst die Räume der Gemeinden
überlassen bleibe. Geheimath Prof. Dr. Bach Leipzig bittet
Zur von Wächter, aus Gründen der Geschäftsausordnung seinen
Antrag zurückzuziehen, welcher überdies geeignet sei, die Kirche
immer mehr in Abhängigkeit vom Staat zu bringen. Auch müsse
der Gemeinde voll zum Gewissenskram kommen, daß sie um ihrer
heiligsten Güter willen wohl ein Opfer bringen könne. Da auch
Prof. Dr. Friedberg sich diesen Ausführungen anschloß, erklärte
Zur von Wächter seinen Antrag zurückzuziehen in der Hoffnung,
dass er dadurch noch bessere Früchte tragen werde. Nach einer
kurzen Erörterung über die Frage, ob eine Belehrungserklärung über
diesen Antrag gegen die Geistlagerordnung verfasse, und dem
Schlußwort des Referenten erklärte die Einode einstimmig ihre
Zustimmung zu dem Entwurf und beschloß, die Petition der
Predigerkonferenz zu Mittweida für erledigt zu erklären. — Weiter
begündete Superintendent Werner-Röcklau seinen Antrag, daß das
Konsistorium einen Abriß von der Geschichte der christlichen Kirche,
insbesondere der Reformation und der evangelischen Kirche, zur
Einführung in den oberen Klassen der Volksschulen und dem
Konfirmandenunterricht herausgabe. Unsere Kinder müßten durch
Einführung in die Geschichte der Kirche gegen die zerstörenden
Einflüsse des Materialismus widerstandsfähiger gemacht werden.
Beiratschulinspektor Nichter erklärte, die Schule habe in dieser
Beziehung ihre Pflicht nicht versäumt. Gerade der Kirchengeschichte
werde eine eingehende Behandlung zu Theil. Es fehle allerdings
an einem geeigneten Abriss. Überhofprediger Dr. Meier bestätigt,
dass selbst Geübte, welche das Gymnasium besucht haben, zu
einem großen Theile über die Belebungsgeschichte unseres Volkes
nicht so unterrichtet sind, wie man es erwarten sollte. Es sei
allerdings seine leichte Aufgabe, einen knappen, volkerverständlichen
Abriss zu schreiben. (Die selbe Schwierigkeit betonte Geh. Kirchen-
rat Dr. Paul.) Das Buch sei für alle Kreise des Volkes genau
so wie für die Jugend von Rüthen. Das Konsistorium werde,
wenn ihm die Frage zur Entscheidung auferlegen werde, sich mit
der oberen Schulbevölkerung in Verbindung setzen. Nachdem sich
noch Superintendent Spranger und Schulrat Michael für den
Antrag ausgesprochen hatten, wurde er einstimmig zum Beiblatt
erhoben und die nächste Sitzung am heute Vormittag 10 Uhr
abgezählt.

— Über nachdrückliche Manöverkritiken schreibt die „Trib. Logia“: „Wir hatten längst schon unter Bekreidung darüber ausgeworben, daß sich einige mitteiparteiliche „grüne“ Zeitungen allen voran in tätiger Weise die „Kunst Krit.“ darin verstanden haben, nachträgliche Beurteilungen der großen Verhüllungen zu veröffentlichen, in denen nicht nur die Verhüllungen der Truppen, sondern auch die der beiden Hauptführer des Heeres Waldersee und des Prinzen Georg von Sachsen, einer schweren Kritik unterzogen wurden. Wir meinten, daß solche Seiten durchaus rechtlich seien, weil der Vater nicht wissen kann, ob und in welchem Maße der Kritiker sachverständig sei. Die erwähnten Zeitungsartikel haben nun die Beurteilung des Grafen Waldersee überaus ansehnlich bestrochen und dagegen die Leistungen des anderen Heerführers außerordentlich weit zurücktreten lassen, wenn man sich nicht eines noch wichtigeren Ausdrucks bedienten will. Diese Seiten erledigt haben die Beurteilungen in Sachen zunächst eingemein verstimmt gewiekt, da man nunmehr zu müssen glaubte, daß die Verfasser der Kritiken Männer seien, deren Urtheil einiges Gewicht habe, oder die der Beurteilung irgendwie nahe stünden. Nachdem man sich nun überzeugt hat, daß dem Urtheile der Verfasser kein wertliches Gewicht beigelegt werden kann, da ihnen jeder Massstab der Beurteilung gefehlt hat, und da für ihre Beurteilungen ausschließlich das Zeitungsintereesse maßgebend war, so hat sich die anfängliche Bestimmung in Gleichgültigkeit verwandelt. Aber man sollte solche Kritiken doch möglichst vermeiden! Ganz abgesehen von allem anderen wird dadurch der Sondermann, den gerade jene Blätter belämpfen möchten, wesentlich gefährdet und außerdem ohne jeden Grund das Vertrauen in die Heeresleistung erschüttert. Die Sache hat aber noch einen viel entscheidenderen Hintergrund. Bekanntlich hat der oberste Kriegsberater, unser Kaiser, dem Prinzen Georg von Sachsen ein überaus warmes Anerkennungsschreiben gesandt, in dem er nicht nur den Truppen, sondern der Führung des Prinzen volles Vertrauen zollte. Durch die Kritiken wird nun der warme Ton des Kaisers gewissermaßen als eine inhaltlose Form schlichter Höflichkeit hingestellt. War diese Reinzeichnung auch von den Verfassern nicht beabsichtigt, so ist sie doch eine unansiehbliche Folge ihrer Erörterungen, vorangegangen, daß man nicht, wie in diesem Falle das allein Richtige ist, die Kritiken als unmöglichliche Stilübungen unmöglichlicher Zeitungsberichterstattung betrachtet. Intwieweit der eine Führer dem andern überlegen war, das zu beurtheilen vermag nur Derjenige, welcher die gesammten Übungen, ihren Ablauf, ihre Bedingungen überblickt; und diese Überblick ist außer dem obersten Kriegsberater und seinem Generalstab keinem möglich gewesen, am allerwenigsten den von ferne zuhauenden Schlachtenbummlern und Mandoverberichterstattern. Zum Schluß möge nicht unerwähnt bleiben, daß die versprochenen Berichte dort am peinlichsten befehlt haben sollen, wo man wahrscheinlich eine gegenheilige Wirkung beabsichtigte.

— Im Auftrage des Stadtvereins für innere Mission sprach vorgestern Abend in dem großen Saale des Hospizes vor einer zahlreichen Zuhörerschaft Herr Bürgermeister Schindler über die „hauptsächliche Ausbildung der Mädchens aus den unbenittelten Ständen“. Herr Pastor Zimmermann bildete nach Begrüßung der Anwesenden zunächst die

Zwecke, denen die Akzesse des Vereinshauses zur vollen Zufriedenheit dienen. Der Vortragende zeichnete zuerst die Geschichte der Einführung des Koch- und Haushaltungskunterrichts in die Dresdner städtischen Volksschulen, kennzeichnete dann das Wesen des Haushaltungskunterrichts, die gegen seine Einführung in die Volksschule erhobenen Einwände, im Auslande gemachte Erfahrungen und kam auf die Frage zu, welche Art dieser Schulen in unserer Stadt zu errichten ist. Er schilderte zunächst eine Arbeitsschau, wie sie sein sollte, um dann auszuführen, wie das hauswirtschaftliche Umvermögen und der Anfang zu den Fabriken immer mehr zunehme. Die Abbildung sei allgemeine Bildung, aber auch Berufs- oder Fachbildung erforderlich. Zu jener gehöre der Koch- und Haushaltungskunterricht. Die Ernährung sei noch wichtiger als die Bekleidung für jene gebe der Arbeiter 60–65 Prozent, für diese nur 10–15 Prozent aus. Um die Familie rationell zu erziehen, müsse die Frau vor Allem über den Nährwert der Nahrungsmittel orientiert sein und die Geschicklichkeit besitzen, mit wenig Geld gute, gesunde und schmackhafte Nahrung herzustellen. Niedner verwies den faktuellen oder obligatorischen Mädchensfortbildungskunterricht unempfehlbar, anstatt die Sache der Vereinstätigkeit zu überlassen, die Einführung des hauswirtschaftlichen Unterrichts in die ersten Mädchensklassen der Bezirksschulen. Damit solle das Familienleben gefördert, das Lebensglück der arbeitenden Volksschulinnen erhöht werden. Die Unterweisung im Elternhause genüge nicht, da nicht jede Mutter die Kunst zu unterrichten verstehe und viele Arbeiterfrauen selbst auf Arbeit geben müssen. Große Anerkennung erfreut sich jene Einrichtung in England. In London gebe es schon 140 Schulfürchen. In zweiter Linie kommt die Errichtung von Abendhaushaltungsschulen für bereits konsumierte Töchter aus dem Arbeiterstande in Betracht, besonders für solche, die tagsüber in Fabriken thätig sind. In diesen sollen Kochen, Waschen, Blügeln und Handarbeiten betrieben werden. Diese seien ein viel dringenderes Bedürfnis als die Tageshaushaltungsschulen des Gemeinnützigen Vereins. Zur Errichtung dieser Zwecke bedürfe es der Mitwirkung der Frauen, der Arbeitgeber, der Vereine, der Presse, der Gemeinde, des Staates und der Kirche. Von Vereinen seien in unserer Stadt vor Allem der Verein Fürstige und der Gemeinnützige Verein in dieser Sache gegenständlich thätig, aber auch die evangelischen Arbeitervereine müßten dauer eintreten. Für die Gemeinde sei die Errichtung von Haushaltungsschulen eine Aufgabe der vorhengenden Armenpflege, für die Kirche angewandtes praktisches Christentum. Der Stadtverein für innere Mission habe dieser Angelegenheit stets seine volle Aufmerksamkeit gewidmet. Er hat auf der Ammonstraße eine Dienstmädchenlehranstalt, eine gleiche in Leubnitz und die Marienschule in der Lößnitz. Nachdem Niedner mit reichem Beifall geendet, riefte Pastor Zimmermann noch einen Appell an die Frauenvereine.

— Im Landwirthebsatz Dresden-Neustadt werden die diesjährigen Herbst-Kontrollversammlungen vom 3. bis 10. November in Dresden-Neustadt und in den Orten Pleschen, Zerkwitz, Radeberg und Niederpötzsch abgehalten. Zu diesen Kontrollversammlungen werden die Vieuwirthe der Jahrgänge 1886 bis mit 1890 herangezogen. Die Einberufung erfolgt nicht durch Besetzungsbescheid, sondern durch öffentliche Aufsorgerungen, welche in Dresden-Neustadt an den städtischen Anschlagtafeln, in den anderen Ortschaften des Bezirks an geeigneten Stellen zur Einsichtnahme der davon Betroffenen vorbereitet werden. Jeder zur Teilnahme an der Kontrollversammlung Verpflichtete hat sich wegen Ort und Zeit durch die Platze zu orientieren und sich bei entsprechenden Zweifeln an das Hauptmeldeamt oder an den betreffenden Gemeindevorstand zu wenden. Begnügte Eintheilung von der Kontrollversammlung sind alsbald nach Bekanntmachung derelben entweder schriftlich beim Hauptmeldeamt oder mündlich beim betreffenden Bezirksvorsteher anzubringen. Pass und Ausführungzeugnisse sind zur Kontrollversammlung mitzubringen. Bekanntniß der Kontrollversammlung zieht Arrestur nach sich.

— Das Programm des Victoriaions hat seit einigen Tagen wiederum eine dankenswerthe Bereicherung erfahren durch das Auftreten der Gebrüder Welton, die sich an hängenden Seilen produzieren und tüchtige Stahlleistungen vollbringen. So benutzt der Eine des Anderen Arm als Reckstange oder hält sich mit stämmigen Armen im Stütz, während er die Last seines Genossen trägt, der an seinem Halse hängend die schwierigsten Übungen ausführt. In der Kraft tritt aber auch die Gewandtheit und Eleganz der Haltung, in denen beide Männer sich gleich kommen. Die „feinen Wienerinnen“ sind recht alle acht auf dem Platz und entrollen in ihrem zweimaligen Auftritt eine ganze Reihe geselliger Bilder, zu deren nochhalbem Enden eine lebendige Charakterierung in Tonfall und Geste, eine gut ausgeübte Mimik, zierliche abgerundete Tanzbewegungen, ein junger Geist, der streng eingehende Schulung verrath, und kleidame Kostüme zusammenwirken. Als Mädchensregiment zeigen sich die Wiener Kinder als eine troph herausfordernde Truppe, in welcher eine strenge militärische Fucht lebt und hinter der ein guter Erziehungsmeister steht, den sie mitmachen und schwören nach allen Regeln militärischen Drills. Die sehr hübsch arrangierte Schlußscene ist durch ihren feinen Humor und die Lebendigkeit des Ausdrucks zündend die vorgetragenen Konventionen des Herren Gotthof Grünels fallen angenehm und melodisch in's Ohr. Berechtigte Anerkennung erfreut sich auch die wirtlich vorzügliche Dreivier, welche Mad. Jenny ihren Kunden beigebracht hat. Sie hat besonders einen kapitalen Springer darunter, der ohne direkte Nachhilfe einen Saltomortale noch dem anderen schlägt. Die Reichhaltigkeit des Programms ist schon betont worden und berechtigt den zahlreichen Zuspruch, welchen die Vorstellungen alltäglich finden. Man sieht sich nur vor, daß man noch eine echte Pariser Sonnette, einen vorzüglichen Damenimitator, musikalische Clowns, einen Gesangskunstmeister, eine Trouvèrklärerin, Rollschuhläufer und ein Marionettentheater zu hören und zu sehen bekommt. Alle diese Spezialitäten bleiben nun noch bis Ende dieses Monats da.

— Elektro- und omnibusse werden bestimmt im öffentlichen Verkehr erscheinen und zwar zunächst in den Straßen von Düsseldorf und Berlin. Nach einem Berichte über Probenfahrten mit der elektrischen Motorwagen der Elektrofahrt Omnibus-Kompanie kann man in der elegantesten Einrichtung kaum ruhiger fahren, als in dem neuen elektrischen Omnibus, da die Art der Rädern ein Schütteln oder Schaukeln des Wagens nicht zuläßt und die Anwendung pneumatischer Radreifen alles Stoßen und Wälzen verhindert. Jeder Wagen hat einen Akkumulator, der für die Arbeit ausreicht wie zwei Pferde. In Bezug auf seine innere Ausstattung läßt der neue Omnibus nur Bewunderlichkeit und Eleganz nichts zu wünschen übrig. Ebenso ist hinreichend für Raum, Ventilation und Belichtung Platz eingerichtet.

— Nachsten Sonntag, Montag und Dienstag findet der diesjährige Dresdner Michaelismarkt statt. Am dem Altmarkt, dem Postplatz und den Promenaden ist man wieder dabei, die „Alte Stadt“ in Form von Jahrmarktsbuden zu errichten. Liebhaber und Verehrer der jüngst zur Höhe gegangenen „Alten Stadt“ dürften in den nächsten Tagen reichlich Gelegenheit haben, sich an dem alten, aber freilich wenig schönen Anblick wieder zu ergötzen.

— Leipzig, 14. Oktober. Heute Nacht hat sich im Hause des Grundstücks Neizenhainerstraße 27 zu L-Thonberg ein 25jähriger aus L-Thonberg gebürtiger Handlungsbommis, welche in einer Wohnung gewesen, in selbstmörderischer Absicht mit einem Revolver eine Engel in die Stirn geschossen. Die Nachrichten über seinen Zustand sind schlechte.

— In Weichen an hatte sich das einjährige Söhnchen des Schmiedes Gustl. Ed. Schmidt vor ca. 3 Wochen mit einem Topflockender Milch so erheblich am ganzen Körper verblätzt, daß es jetzt an den Betreuungen gestorben ist.

— Der Direktor der Seiflinger-Weltlichkeit Blondin-Gesellschaft, welcher zur Zeit in Weichen an bei Bittau mit seiner Truppe Vorstellungen giebt, ist am Dienstag Vormittag dafelbst verhaftet worden, weil er in angetrunkenem Zustande auf das Bratfleisch seine Frau mißhandelt hatte. Die widerliche Scene ward durch das Zuzwischen treten zweier lästiger Männer troh der schrecklichen Drohungen des Excedenten beendet. Gesicht wurde vorläufig in das Arresttobel im Spieghelhaus gebracht, brach jedoch bald wieder aus und lief zu seinem Unglück den beiden Männern wieder in den Weg, die ihn vorher überwältigt hatten. Er wurde nunmehr gefesselt und nach Bittau transportiert.

— In Steinheid i. Th. starb vorgestern im Alter von 51 Jahren der durch seinen Christbaumstecher verändert in den letzten Jahren weitwähn bekannte Pfarrer Roth.

Tagesgeschichte.
Deutsches Reich. Der Kaiser empfing gestern Mittag in besonderer Audienz in Gegenwart des türkischen Votchahlers und des Staatssekretärs des Reiches den in besonderer Mission des Sultans in Berlin eingetroffenen General Grumbow Vacha, das Schreiben des Sultans überreichte.
Der russische Handelsminister Woronow-Dalskow ist von Wien nach Berlin abgereist.

Der Vetter des russischen Kaisertums des Ausmärtigen, Schöcklin, ist Dienstag Abend nach St. Petersburg abgezett. Das russische Kaiserpaar trifft morgen, den 16. d. M., Mitte um 1 Uhr zum Besuche der Kaiserin Friederich auf Schloss Friederichshof ein.

Die feierliche Grundsteinlegung für den Bau der russischen Kirche in Domburg v. d. Odde findet in Gegenwart des russischen Kaiserpaars und der Kaiserin Friederich morgen Vormittags 10 Uhr statt.

In den Vorstand der Wiesbadener Kriegervereine ist die telegraphische Mitteilung gelangt, daß Kaiser Wilhelm den ihm angebotenen Jackelzug ablehnen müsse, da er wünsche, daß der private Charakter des Besuchs des Kaiserpaars in Wiesbaden gewahrt bleibe.

Französischen Blättern zufolge habe Kaiser Wilhelm ursprünglich die Absicht gehabt, während der Durchfahrt des Czaren den Meher Bahnhof zu beleuchten und dem Czaren durch bunte Truppen die Honneur zu machen zu lassen. Schließlich habe Kaiser Wilhelm aber von diesem Plane Abstand genommen und dem Czaren in einer nicht schriftlichen Verpflichtung, deren Ton sehr vertraulich und herlich gewesen sei, Mitteilung gemacht. Kaiser Wilhelm verständigte den Czaren, daß mit Glücklich auf seine Übergabe durch die großen französischen Kundgebungen seit der Revue von Châlons er nicht den Schal des Czaren bei Überschreitung der Grenze hören zu sollen glaube, indem er Manifestationen anordne in einem Augenblicke, wo der Czat der Echolung so bedürftig sei.

Etwas über 3 Wochen nur trennt uns vom Wiederbeginn der Reichstagssitzungen, aber noch immer hört man nichts davon, daß der Entwurf der Militärstrafrechtsreform an den Bundesrat gelangt ist. Wie verlautet, befindet sich der Entwurf im Stadium einer nochmaligen Umarbeitung durch den neuen Kriegsminister v. Wohler. Ist diese vollendet, so gelangt er dann reformmäßig wieder zunächst an das preußische Staatsministerium, sodann an die Kriegsminister der anderen Bundesstaaten und erst hierauf an den Bundesrat. Aber diese Frage bildet nicht allein ein bedeutsames Symptom angesichts der Verprechungen des Reichskanzlers, welche jenerzeit Unrat waren, daß die Mehrheit des Reichstages für die Umwandlung der vierten Division stimme. Wie nämlich gemeldet wird, hat der Staatssekretär des Marineministeriums wiederholts mit dem Monarchen konferirt, auch der Chef des Marine-Kabinetts hat dies. Natürlich hatte es sich dabei nur um den Entwurf des neuen Marineetats gehandelt. Die bezüglichen Blätter gelangten also als das Kabinett, noch bevor der Reichskanzler und der Schatzamtssekretär sie gutgeheissen haben. Allerdings kann nachher ohne den Reichskanzler der Staat nicht an den Bundesrat gelangen. Aber der Reichskanzler befindet sich offenbar in einer für eine Entschließung nicht mehr ganz freien Lage, wenn ein Untergetreuer für das Monarchen verlehen vorlegt, anstatt daß der Reichskanzler selber die von ihm gebilligten Entwürfe dem Monarchen zuerst vorlegt. Man kann nicht sagen, daß diese Dinge zur Zeit „als Bismarck am Ruder war“, hätten vorkommen können.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Gotha wurde am Dienstag die Diskussion über die Parteipresse fortgeführt. zunächst erfolgte eine Auseinandersetzung wegen der vom „Genossen“ Steiger redigirten Zeitschrift „Die Neue Welt“ in Hamburg. Abg. Frohne wendete sich gegen die dort vertretenen sozialen Realisten und meinte, in erster Reihe sei es doch erforderlich, die Jugend durch gute Schulen zu freien, edlen Menschen heranzubilden. Diese Volkerziehung könne aber nicht geschehen durch die Kunstdichtung, wie sie in der „Neuen Welt“ zum Ausdruck gelange, sondern durch Erfüllung des sozialdemokratischen Programms. Mit diesem Tadel fand aber der Abg. Frohne schlecht an. „Genosse“ Schred-Viechtfeld erklärte, er sei der Meinung, der Parteitag sei nicht befugt, ein Urtheil über Kunst abzugeben. Frohne's Standpunkt sei doch etwas wischbürglerisch. Wenn Frohne befürchtet, durch den in der „Neuen Welt“ enthaltenen Roman, in dem ganz natürliche Dinge geschildert werden, könnte seine Stillekeit leiden, dann solle er ihm, in ein Kloster zu geben. (Stürmische Heiterkeit.) Niemals unbeherrschbar wurde sodann die Redaktionführung im „Vorwärts“ einer Kritik unterzogen. Stadthagen und Antred aus Berlin traten gegen Liebknecht als Chefredakteur auf; er brauche zu viel Weihheit in der Leitung des „Vorwärts“. Stadthagen erklärt die Haltung des „Vorwärts“ in Sachen Lübeck für gerechtfertigt, bedauert aber lebhaft die Erklärung der Redakteure gegen Liebknecht. Liebknecht ergreift das Wort in einer eingehenden Vertheidigungsrede. Die Agitation im Interesse der Partei verbündete ihn, als Chefredakteur im gewöhnlichen Sinne thätig zu sein. Abg. Schmitz Magdeburg richtete Nachmittags übermaß Angriffe gegen den Chefredakteur und Abgeordneten Liebknecht, von dem er wünsche, daß er sich aus seinem Altersheim zurückziehen solle, da er in seiner Weise seinen Platz als Chefredakteur und Abgeordneter ausfülle. Auch die Abgeordneten Hebel und Auerhahn die Thätigkeit Liebknecht's als Chefredakteur. Der Abg. Liebknecht vertheidigt sich gegen die vorgebrachten Klagen sachlich bewegt und erläutert, er würde gern einem Anderen Platz machen. Er habe aber noch Niemanden gefunden, der es besser mache, als er selbst. — Die Rede machte großen Eindruck auf die Anwesenden. Die Anträge gegen die „Neue Welt“ wurden sämmtlich zurückgeworfen. Schließlich ging man zur Behandlung der Rassenverhältnisse der Partei über.

Der Landesverband der badischen Gewerbevereine hat die Handwerksvorlage einstimmig abgelehnt. Ministerialrat Braun erklärte als Vertreter der badischen Regierung, diese halte sich zu berechtigt, die Meinung der Gewerbevereine als wichtig zu betrachten, weil in diesen seit der Aufhebung des Zunftzwanges gebildeten Organen drei Viertel der Mitglieder wirtschaftliche Han-

Im Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in Berlin sprach Dr. Seligmann-Hamburg über die „Stellung des deutschen Judentums zum Vaterlande“. Während es der Vater Ideal gewesen, führte Referent aus, als freie Judentum gute Deutsche zu sein, erkenne das Verhältnis der Judentum zum deutschen Vaterlande heute verantworteter als je. Angesichts der von allen Seiten herantreibenden antisemitischen Stärke glaube ein Theil der Judentum sich kein Unrecht auf das Deutschtum durch Ausgabe des Judentums erkannt zu müssen, während in einem anderen Theile, insbesondere unter den Studierenden Jugend, das jüdische Gemüth in so mächtiger Flamme emporlodere, dass es das deutsche Vaterlandswahnsinn zu erschrecken drohe. „Je treuer Juden“, schloss der Vortragende, „desto besser Deutsche!“ Rechtsanwalt Dr. Huchs erörterte den Ausgang der jüngsten Fleischbeutelungsprozeß, der von den Freunden der Judentum mit „tiefer Belämmertheit“, von deren Gegnern mit „unverhohler Schadenfreude“ aufgenommen worden sei. (Und von den Judenten selbst?) Die Vorwürfe der freisinnigen und jüdischen Presse, die aus diesem Anlaß gegen den Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens erhoben werden, meinte Hucks, hätten keine Berechtigung. Sowohl aus juristischen, wie aus praktischen Gründen seien die Strafanzeigen des Vereinsvorstandes gerechtfertigt. Letzterer werde sich auch durch den letzten Widerholer „durch die thörichte Begründung des Kreispruchs“, nicht von weiteren Anzeigen abhalten lassen. (Sitzung.) Wer da rathe, solch „ungeheureliche“ Beschuldigungen, wie die der Fleischbefudelung, ungeahndet in die Welt geben zu lassen, der könne nur ein verspakter Antisemit sein. Wer sich schuldlos fühle, dürfe nicht schwören. Wohl sei das Denunzieren nicht schön. Allein, wer seine Ehre gegen schamlose Verleumder vertheidige, der sei sein Denunziant. (Sitzung.) In der Diskussion gab Rabbiner Dr. Rosenzweig der Beurtheilung Hucksdruf, daß angegesichts der Entscheidung preußischer Richter selbst viele Judentum sich im Stillen sagten, es müsse doch etwas an der Beschuldigung der Fleischbefudelung sein. Demgegenüber erklärte er feierlichst, daß in keiner der jüdischen Schriften eine Andeutung oder ein Hinweis darauf enthalten sei, daß das für Christen bestimmte Fleisch zu befudeln gestattet oder gar geboten wäre. Die Beschuldigung könne nur auf den Umstand zurückgeführt werden, daß jüdische Schlachter bei der Vornahme der sog. Lungenprobe in Ernangung lauen Wassers zuwellen Speichel verwenden. (Unruhe.) Wie der Fall Bonn liege, könne er nicht sagen, doch habe dieser Fall ebenso wenig, wie der bekannte Fall des Fleischhändlers Ballentin in Berlin, der den verunreinigten Käse doch auch Judentum verkaufte habe, etwas mit der jüdischen Religion zu thun. Der Vorsitzende, Rechtsanwalt Dr. Hornsch, bedauerte, daß die Glaubensgenossen sich noch immer „so viel gefallen lassen“, selbst den in der antisemitischen Presse mit voller Namennennung gemachten Vorwurf gemeiner Verbrechen rubig einstehen und trotz der Vorhaltungen des Centralvereins zu seiner Flage, oft auch nicht einmal zu einer Berichtigung zu bewegen seien. Als einziger Opponent warnte Medaillen-Klausner die Versammlung, die erheblichen Kräfte des Vereins in unnützen Prozeßen zu verzetteln. Nicht die Tendenz dieses Verfahrens, erklärte Klausner, sondern die Unzulänglichkeit der aufgewandten Mittel müsse getadelt werden.